Schwerter Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint täglich außer Montags. Bezugspreis monatlich 4,50 Mk., bei der Post 4,80 Mk., ohne Bestellgeld. Anzeigenpreise: 1 mm hohe, 35 mm breite Zeile 35 Pfg. Wohnungs- und Stellengesuche 20 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß lt. Tarif. Jeder Rabatt gilt als Kassenrabatt und erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen, gerichtlichen Klagen u. Nichteinhalten der gemachten Zahlungsbedingungen.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger / Schwerter Volkszeitung / Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Westhofener Zeitung / Aplerbecker Zeitung / Langscheder Zeitung / Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" gewährt ihren Abonnenten für jeden mit Tod endenden Unfall gemäß ihren Bedingungen 300 Mark Unfall.

Druck u. Verlag v. Carl Brens, Schwerte (Ruhr).

Fernsprecher 62. Telegramm-Adresse: Brens, Schwerte (Ruhr). Postscheckkonto 2853 Köln.

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 117. Donnerstag, den 20. Mai 1920. 53. Jahrgang.

Die neue Steuergesetzgebung.

Von Dr. J. Jastrow,
Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin.

Die Frankfurter haben ein Sprichwort: „Wie mans macht, ists falsch." Es wird kaum ein Gebiet geben, auf dem die Versuchung, dieses Sprichwort mit Aussicht auf Erfolg anzuwenden, größer wäre, als das Gebiet der Steuergesetzgebung. In der Steuertheorie ist die Lehre von den Anforderungen, denen gute Steuern entsprechen sollen, ziemlich reich entwickelt. Die Steuern sollen ergiebig sein, sie sollen gerecht sein, sie sollen (um dieser beiden Rücksichten willen) der Tragfähigkeit entsprechen; sie sollen regelmäßig fließen und doch je nach dem Bedarf modulationsfähig sein; sie sollen „billig" sein, d. h. ihre Veranlagung und Erhebung soll nicht teuer zu stehen kommen; sie sollen nicht mehr Unbequemlichkeiten verursachen, als unvermeidlich ist. Es ist ein leichtes, zu beweisen, daß jede Steuer irgendeiner dieser Anforderungen widerspreche und daher „nach den Regeln der Wissenschaft" zu verwerfen sei. Allein die Theorie, die diese gefährlichen Waffen liefert, hat auch dafür gesorgt, ihren Gebrauch weise einzuschränken. Der Sinn jener Regeln ist gar nicht, daß jede Steuer jeder Anforderung entsprechen solle. Das Steuersystem soll ihnen entsprechen. Jede einzelne Steuer kann an schweren Ungerechtigkeiten leiden, diese können sich aber bei den verschiedenen Steuern ausgleichen, und alle zusammen können dann der Gerechtigkeit so entsprechen, wie dies in menschlichen Dingen überhaupt möglich ist. Wenn wir gegenüber den Steuergesetzen der Jahre 1919 und 1920 uns auf diesen Standpunkt zu stellen versuchen, so werden wir — abgesehen von dem „Reichsnotopfer" (das in dieser Form seinen Zwecken nicht genügen kann und sicher einer Umwandlung unterzogen werden wird) — ihnen ein verhältnismäßig hohes Maß von Einheitlichkeit nicht abstreiten können. Durch die „Reichsabgabenordnung" ist zum ersten Mal in der deutschen Geschichte dem Reiche ein Behördenkörper für seine Steuern geschaffen worden. Bisher empfing uns, wenn wir aus der Fremde heimkehrten, ein preußischer, bayerischer, badischer usw. Zollbeamter, in Zukunft wird es überall ein deutscher Zollbeamter sein. Daß damit eine große Reihe von Ungleichmäßigkeiten in der Berechnung der Steuerbeträge aufhören, wird von noch größerer Bedeutung bei den sog. direkten Steuern, bei denen es ein offenes Geheimnis war, daß bisher das platte Land zu Ungunsten der Städte geschont wurde. Die „Landesfinanzämter" (ein jedes für ein Gebiet etwa von dem Umfange einer preußischen Provinz) und unter ihnen die „Finanzämter" werden überall die Steuerhoheit des Reiches auch gegenüber mächtigen und einflußgewohnten Kliquen zur Geltung bringen.

Für die Auswahl der Steuern, die in diesen nunmehr einheitlichen Rahmen einzuzeichnen sind, ist nichts von so entscheidender Bedeutung, als daß endlich die Steuern von Einkommen und Besitz dem Reiche gegeben sind. Vor dem Kriege galt es als eine Art Dogma, daß das Reich sich an diese Steuern nicht heranwagen dürfe, daß sie „naturgemäß" den Ländern vorzubehalten seien. In meinem Buche „Gut und Blut fürs Vaterland", in dem ich den Versuch machte, dem steuerzahlenden Bürger einen gemeinverständlichen Ueberblick über Sinn und Bedeutung der einzelnen Steuern zu geben, glaube ich den Nachweis erbracht zu haben, daß unter allen Steuergattungen keine für das Reich so angemessen und notwendig ist, wie die Steuern von Einkommen und Besitz. Daß das Einkommensteuergesetz hiermit Ernst macht, ist ein so bedeutungsvoller Fortschritt, daß man dem zu Liebe über eine Reihe einzelner Mängel hinwegsehen kann und muß. Die Heranziehung der „juristischen Personen" und damit der „toten Hand" ist in dem Körperschaftssteuergesetz nicht entfernt in ausreichendem Maße geregelt. Die Erbschaftssteuer ist erst durch die Einbeziehung des regelmäßigen Erbfalles von Eltern und Kindern zu einer wirklichen Heranziehung der Vermögen (einmal in jeder Generation) geworden, und die Höherschraubung von den kleinen zu den großen Vermögen, von den weinenden zu den lachenden Erben, hat eine Reihe sozialpolitisch bedeutsamer und auch technisch gut durchgeführter Abstufungen geschaffen. Die außerordentlichen Kriegsabgaben (vom Mehreinkommen und Mehrvermögen) würden mehr eingebracht haben, wenn das Gesetz gegen die „Kapitalflucht" schärfer und vor allem früher zugegriffen hätte. Demgegenüber ist es von geringerer Bedeutung, daß auch einige der bisherigen sog. „indirekten" Steuern reformiert wurden, nicht nur die Tabak- und die Zündwaren, sondern auch die mit liliputartigen Erträgen arbeitende Spielkartensteuer. Sie alle werden überragt werden durch die Umgestaltung der Umsatzsteuer, die in sich außerdem eine Luxus- und eine Inseratensteuer enthält.

Das Verhältnis zu Ländern und Gemeinden war in den früheren „Reichsfinanzreformen" fast durchgehend zu Lasten des Reiches geregelt worden. Die Einzelstaaten schnitten Riemen aus der Reichshaut, und zwar schnitten sie systemlos an jeder Stelle, wo sie gerade einsetzen konnten. Vielleicht mag das jetzt einheitliche „Landessteuergesetz" den Ländern und Gemeinden einen zu großen Teil von Sorgen zugewälzt haben, aber es sind nunmehr ihre Anteile an den Reichssteuern wenigstens klar und übersichtlich geregelt.

Wenn jetzt das deutsche Volk zur Stimmabgabe darüber aufgerufen wird, ob es weiter von der Koalition der drei Parteien regiert werden oder eine andere an ihre Stelle gesetzt haben will, so hört man wohl manchmal die Koalition mit den Worten empfehlen, daß man ihr die Steuergesetze nicht allzusehr nachtragen solle. Diese begütigende Art ist geeignet, den Sachverhalt zu verwirren, dieses Steuerwerk hat keine Begütigung nötig. Ein Bündel von 1 bis 2 Dutzend Steuergesetzen kann zwar niemals populär sein. Noch deutlicher als der Bürger, der sich über die eine oder andere Härte mit Recht beklagt, sieht die Mängel des Werkes der Nationalökonom vom Fach. Aber er weiß auch, daß eine neue Steuerverfassung nicht auf einmal geschaffen wird. Der Baum ist gepflanzt. Wenn seine Früchte uns noch nicht munden, gewähren wir denen, die ihn gepflanzt haben, Zeit, Gelegenheit und Vertrauen, ihn zu pfropfen und neue veredelnde Reiser einzusetzen.

—00O00—

120 Milliarden Goldmark

Fertige Forderungen für die „Verhandlungen" in Spaa.

In der Konferenz von Hythe hat man sich im großen und ganzen darüber geeinigt, was man von Deutschland fordern solle. England hatte als deutsche Schuld 100 Milliarden Goldmark ohne Zinsen, zahlbar in 30 Jahresraten, vorgeschlagen. Gegen diesen Vorschlag wehrte sich Frankreich mit aller Kraft, es würde dabei viel zu kurz kommen. Denn die 55 Milliarden, zahlbar in 30 Jahresraten ohne Zinsen, die es dann zu bekommen hätte, würden bei sofortiger Auszahlung nur einer Summe von ungefähr 28 Milliarden entsprechen. Es schien, als ob hieran die Einigung in Folkestone scheitern sollte.

Aber bald trat Millerand mit der Forderung Frankreichs auf den Plan, der unsere Schuld auf 120 Milliarden Goldmark und Zinsen festsetzen wollte. Lloyd George erkannte schließlich diese Forderung an. Man überließ es dann den Finanzsachverständigen, sie näher zu repräsentieren und speziell über den Zahlungsmodus eine Einigung herbeizuführen.

Millerand hat also das erreicht, was er gewollt hat, die von Frankreich von Anfang an mit allen Mitteln bekämpfte Konferenz von Spaa ist zwecklos gemacht worden. In Spaa, so war es in San Remo beschlossen worden, wollte man erst die deutschen Vertreter darüber hören, wie weit Deutschland imstande ist, Zahlungen zu leisten. Daran anknüpfend sollte dann durch Verhandlungen, an denen Deutschland gleichberechtigt teilnehmen sollte, der endgültige Betrag der Schuld und der Zahlungsmodus bestimmt werden. Nur so glaubten Lloyd George und Nitti, sichere und schnelle Zahlungen erreichen zu können. Millerand kann und will aber von der Clemenceauschen Raubpolitik nicht abkommen. Er versuchte daher, die Konferenz von Spaa zu hintertreiben. Zunächst erreichte er ihre Verschiebung und dann eine Festlegung Englands auf eine bestimmte Summe.

Es ist aber trotzdem noch zu hoffen, daß er mit dieser Sabotagepolitik nicht durchkommt. In Spaa wird zunächst Italien vertreten sein, das bekanntlich seit langem eine zielbewußte Versöhnungspolitik betreibt. Dann wird Deutschland selbst vertreten sein, und es wird genügend Gegengründe anführen können, denen seine Gegner sich nicht ganz verschließen können. Man bedenke, 120 Milliarden Goldmark, das sind heute 1200 Milliarden Papiermark, und dabei arbeiten wir jetzt schon mit einem jährlichen Fehlbetrag von rund 20 Milliarden! Aber ein sehr gewichtiges und entscheidendes Wort wird noch Amerika, der Gläubiger sämtlicher Ententestaaten, mitsprechen, das wohl kaum zugeben wird, daß Deutschland vollständig zu Grunde gerichtet wird. Und das wird es, wenn Millerands Forderung durchgeht.

Poincaree liegt den Vorsitz in der Wiedergutmachungskommission nieder.

Die Konferenz von Hythe zeitigte ein Ergebnis, das man in gewissem Sinne sogar als bedeutsam ansehen kann, indem Herr Raimont Poincaree sein Amt als Präsident der Wiedergutmachungskommission niederlegte. An Millerand richtete er gestern folgendes Schreiben: Herr Ministerpräsident! Die Unterredungen, welche eben zwischen den Präsidenten der französischen und der englischen Regierung stattfanden, scheinen mir die Wiedergutmachungkommission von dem schwierigsten Teil ihrer Aufgaben zu befreien, und ich denke, daß unter diesen Umständen meine Gegenwart an der Spitze der französischen Vertretung fernerhin nicht von großem Nutzen sein könnte. Indem ich Ihnen lebhaft für das Vertrauen danke, das Sie mir bewiesen, bitte ich, mich von meinem Posten zu entheben. Glauben Sie, Herr Präsident, an meine ergebensten Grüße. Poincaree.

—00O00—

Die schwarzen Besatzungstruppen.

Amtlich wird gemeldet: Einem Artikel der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune" vom 10. Mai zufolge, werden die in der deutschen Presse mitgeteilten zahlreichen Fälle von Sittlichkeitsverbrechen der französischen farbigen Truppen in den besetzten deutschen Gebieten von dem französischen Ministerium des Aeußern summarisch in Abrede gestellt. Gleichzeitig wird von der nämlichen Behörde behauptet, daß sich in den fraglichen Gebieten überhaupt keine „schwarzen Truppen" mehr befänden, wiewohl nachträglich zugegeben wird, daß dieselben mit sogenannten „gelben Truppen" belegt sind, die indessen französische Bürger und ebenso von kaukasischer Rasse seien wie Franzosen, Engländer und Amerikaner.

Die Reichsregierung muß diese Unterscheidung des französischen Ministeriums zwischen schwarzen und gelben Truppen grundsätzlich als völlig bedeutungslos ablehnen. Sie erblickt in der Besetzung deutscher Landesteile mit französischen Truppen afrikanischer Herkunft, gleichgültig, welcher Hautfarbe sie sein mögen, ein Verbrechen gegen die Zivilisation, das die strengste Verdammung der gesamten gesitteten Welt herausfordert. Was die von französischer Seite geleugneten Sittlichkeitsverbrechen dieser Truppen anlangt, so befindet sich eine Zusammenstellung authentischer Fälle im Druck. Die Reichsregierung bemerkt indessen schon jetzt, daß die Anzahl der bekanntgegebenen Fälle von Vergewaltigungen nur einen geringen Anhalt gibt für das Martyrium der deutschen Frauen in den besetzten Gebieten, deren Schamgefühl der Oeffentlichkeit verborgen bleiben.

Zurückziehung aller schwarzen Truppen?

Basel, 19. Mai. Die „Preßinformation" erfährt aus Paris: Millerand hatte am Freitag eine Unterredung mit Marschall Foch und dem Präsidenten der Saarregierungskommission Rault. Anschließend an die Besprechung über die Räumung des Maingaues wurde die Frage der Zurückführung der schwarzen Truppen aus der besetzten Zone erörtert. Wie man versichert, soll eine allmähliche Ersetzung der marokkanischen Truppen durch weiße französische Streitkräfte in den besetzten Gebieten einschließlich dem Saarbecken erfolgen.

—00O00—

Sicherheitspolizei und Zivilbehörden.

Mit der Uebertragung der vollziehenden Gewalt auf den Oberpräsidenten von Westfalen, als Regierungskommissar für Westfalen und den Regierungsbezirk Düsseldorf ist er ermächtigt, Anordnungen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu treffen. Alle Zivilverwaltungsbehörden haben seinem Ersuchen im Rahmen ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten. Die polizeilichen Organisationen einschließlich der Sicherheitspolizei stehen ihm für seine Aufgaben zur Verfügung. Bedarf er im äußersten Falle militärischer Hilfe, so ersucht er darum die Militärbehörden. Die Regelung der Befehlsgewalt innerhalb der Reichswehr wird hierdurch nicht berührt. Die Durchführung der sicherheitspolizeilichen Aktionen oder der militärischen Operationen im Rahmen der sonstigen Aufgaben bleiben selbstverständlich den sicherheitspolizeilichen und militärischen Kommandostellen überlassen. Es besteht also, wenn auch die vollziehende Gewalt bei einer zivilen Stelle liegt, keine Gefahr, daß Nichtfachleute sicherheitspolizeiliche Aktionen oder militärische Operationen leiten. Es entspricht auch nicht den Tatsachen, wenn mehrfach in der Presse behauptet wird, diese Uebertragung der vollziehenden Gewalt erfolge plötzlich und im Hinblick auf die kommenden Wahlen, sie sei ein Zugeständnis an die Radikalen. Vielmehr liegt eine Uebertragung der vollziehenden Gewalt auf die leitenden politischen Zivilstellen in der demokratischen Staatsform begründet und war von jeher geplant. Das gilt übrigens nicht nur für Westfalen und Düsseldorf, sondern auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. April 1920 sind auch in Preußen vom Reichsminister des Innern Zivilkommissare mit den entsprechenden Aufgaben für ihren Bezirk betraut worden.

Der Schutz der Ruhe und Sicherheit, der geordneten Freiheit und insbesondere der Freiheit der Wahlen, sowie die Sicherung der friedlichen Arbeit im Lande erfordert die Abgabe aller Waffen. Die vom Reichspräsidenten am 5. Mai angeordnete Waffenabgabe ist bisher in gänzlich unzureichendem Maße erfolgt, so daß der Regierungskommissar sich im Einverständnis mit der Reichsregierung genötigt gesehen hat, die staatliche Sicherheitspolizei zu beauftragen, im Wuppertal die zur Waffenabgabe erlassenen Anordnungen der Regierung mit allem Nachdruck durchzuführen.

Die Bevölkerung kann zur Sicherheitspolizei das Vertrauen haben, daß sie sich in der Grenze ihrer Befugnisse halten wird, so daß Uebergriffe, insbesondere Mißhandlungen ausgeschlossen sind. Die staatliche Sicherheitspolizei steht unbedingt auf dem Boden der Verfassung und zur verfassungsmäßigen Regierung.

Bevorstehende Aufhebung der außerordentlichen Kriegsgerichte?

Von bestunterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die Ergebnisse der von einer besonderen Untersuchungskommission im Ruhrgebiet angestellten

Ermittelungen über die Urteile der dortigen außerordentlichen Kriegsgerichte voraussichtlich zu einschneidenden Maßnahmen der Reichsregierung führen werden. Es wurde festgestellt, daß in einer großen Anzahl von Fällen ungerechte Urteile bei übertriebener Strafbemessung gefällt worden seien. Die Erbitterung besonders in den Kreisen der Arbeiterschaft steigert sich darum von Tag zu Tag, so daß ein rasches Eingreifen der zuständigen Reichsbehörden geboten erscheint. Wir glauben nach unseren Informationen versichern zu können, daß die Regierung sich in den allernächsten Tagen schon mit der Frage der Aufhebung der außerordentlichen Kriegsgerichte befassen wird.

Oberlehrer Siemsen steckbrieflich verfolgt.

Essen, 19. Mai. Das außerordentliche Kriegsgericht erläßt einen Steckbrief hinter dem Oberlehrer Dr. August Siemsen, der wegen Amtsanmaßung und Nötigung angeklagt, zu dem festgesetzten Verhandlungstermin aber nicht erschienen ist. Der Gesuchte ist im Falle der Festnahme an das Gerichtsgefängnis Essen abzuliefern.

Wer regiert im Wuppertal?

Remscheid, 19. Mai. Der berüchtigte Kommunist Hugo Schüler, der schon durch verschiedene Gewaltstreiche von sich reden gemacht hat, erschien in der vergangenen Nacht an der Spitze einer Gruppe seiner Anhänger im Rathause bei der Wache der Sicherheitswehr und eignete sich dort ein Maschinengewehr an, ohne daß die Wache ihn daran hinderte; sie wagte offenbar nicht, gegen Schüller vorzugehen. Weiter holte Schüller eine Anzahl Pferde, die vom Freikorps Lützow stammen und seinerzeit nach den Kämpfen von der Stadt in Obhut genommen waren, aus den Ställen und führte sie fort.

—oOo—

Kein Lohnzwang für den Kappstreik

Der Reichsrat beschäftigt sich mit dem Entwurf der Verordnung, wodurch eine Entschädigungspflicht der Arbeitgeber für Verluste der Arbeitnehmer an ihrem Arbeitseinkommen während des Generalstreiks zwangsweise eingeführt werden soll. Die Arbeitgeber sollen verpflichtet sein, eine Entschädigung mit ihren Arbeitnehmern zu vereinbaren. Kommt hierbei keine Einigung zustande, so ist die Regelung der Frage einem Schlichtungsausschuß zu überweisen, der, wenn auch hierbei keine Einigung zustande kommt, bindende Entscheidungen trifft. Auf die Frage, ob eine Aufforderung der Regierung zum Generalstreik vorliege, ließ die Regierung im Anschluß erklären, daß sie keine derartige Aufforderung zum Generalstreik erlassen habe. Reichsminister Dr. David erklärte, daß der Weg über die Nationalversammlung nicht mehr gangbar sei, es sei ganz unmöglich, diese Vorlage auf gesetzgeberischem Wege noch unter Dach und Fach zu bringen. Die Ablehnung des Weges der Verordnung bedeute das Fallen der Vorlage, was er namens der Regierung sehr bedauern würde. — In der Abstimmung wurde die Vorlage mit 39 gegen 15 Stimmen abgelehnt, nachdem ein Vertreter Preußens erklärt hatte, daß der Reichsrat zu einer materiellen Prüfung der Vorlage im Wege der Gesetzgebung bereit sei.

Deutschlands wirtschaftliche Krankheit.

In der Generalversammlung der Siemens und Halske A.-G., die die Anträge der Verwaltung auf Verdoppelung des Grundkapitals und Schaffung von Namensaktien mit dreifachem Stimmrecht annahm, führte der Vorsitzende Karl Friedrich von Siemens unter anderem folgendes aus: Unsere Valuta wird günstiger und wird sich bessern bis zum Schnittpunkt der inneren und äußeren Kaufkraft unseres Geldes, wenn wir durch erhöhte Produktion diese Besserung unterstützen. Wenn wir den Schnittpunkt erreicht haben, werden die Schwierigkeiten des Exportes einsetzen. Schon heute überschreiten in München bei Artikeln der Elektrotechnik die Inlandspreise die Weltmarktpreise. Länder, die auch eine schlechte Valuta haben, sind uns heute schon fast vollkommen verschlossen. Bedarf ist in der ganzen Welt vorhanden, die Nachfrage ließ aber wegen der hohen Preise nach. Die hohen Preise sind aber auch zurückzuführen auf die verringerte Produktion. Es wird nirgends bei uns auf Förderung der Produktion genügend Wert gelegt Eine viel zu große Menge Menschen ist unproduktiv. Die Zahl der Beamten in staatlichen Betrieben und Privatbetrieben ist viel zu groß. Deutschlands größtes Leiden ist die Verringerung der Warenmengen, die es heute herstellt, zahlungsmäßig nach dem unbrauchbaren Maßstabe der Mark gerechnet wächst alles, aber kilogrammmäßig ist ein Rückgang in der Produktion zu verzeichnen.

—oOoOo—

Das Ende der preußischen Staats-Eisenbahnen.

Am 5. Mai d. Js. hat die preußische Staatseisenbahnverwaltung zu bestehen aufgehört. Von diesem Tage ab sind ihre Geschäfte auf das Reichsverkehrsministerium übergegangen, wo sie in einer besonderen Zweigstelle „Preußen-Hessen" weiter bearbeitet werden. Der bisherige preußische Minister der öffentlichen Arbeiten, Oeser, nimmt in einem im Eisenbahnverordnungsblatt veröffentlichten Aufruf von den Bediensteten mit Dankesworten Abschied und ermahnt sie zur treuen Arbeit und weiteren Pflichterfüllung. In dem Aufruf heißt es, daß die preußischen Staatseisenbahnen, die eine glorreiche Geschichte haben und in glücklichen und ernsten Zeiten fast Uebermenschliches zum Wohle des Landes leisteten, auch ferner den Hauptteil der neuen Reichsbahnen bilden werden. Schon in der Vergangenheit haben sie aber nicht einseitig das preußische, sondern stets das deutsche Interesse im Auge gehabt. Unendliche, restlose Arbeit muß weiter geleistet werden, um die Eisenbahnen, das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft, zu voller Gesundung und neuer Blüte zu führen. — Die am 1. April 1895 ins Leben getretene Reorganisation der preußischen Staatsbahnen hat also 25 Jahre gedauert. Es werden jetzt zweifellos viele Aenderungen in der Verwaltung des Eisenbahnwesens platzgreifen. Man strebt anscheinend vor allem nach einer einschneidenden Dezentralisation, da die jetzt bestehenden Eisenbahndirektionen in ihrer augenblicklichen Geschäftsordnung sich als zu schwerfällig für eine prompte und sachgemäße Erledigung des vielseitigen Verkehrs im kaufmännischen Sinne erwiesen haben. Man will den einzelnen entscheidenden Stellen eine größere Selbständigkeit geben, damit die im Verkehrsleben auf rasche und gründliche Entscheidung drängenden Anträge in erheblich kürzerer Zeit erledigt werden können.

—oOoOo—

Die Brotversorgung am Zusammenbruch.

Wie die von Richard Calwer herausgegebene Wirtschaftliche Korrespondenz mitteilt, hat die Reichsgetreidestelle ein Rundschreiben folgenden Inhalts an alle selbstwirtschaftenden Kommunalverbände gerichtet:

Trotz des Hinweises auf die Gefährdung der Brotversorgung haben die Ablieferungen an Brotgetreide und Gerste nicht die erhoffte Wirkung gehabt. Da die Bestände der Reichsgetreidestelle nahezu völlig erschöpft sind und die Gefahr eines allgemeinen Zusammenbruchs der Brotversorgung in äußerst bedrohliche Nähe gerückt ist, so ist die Reichsgetreidestelle nunmehr gezwungen, aus den für die Selbstbewirtschaftung des Kommunalverbandes bestimmten Vorräten die sofortige Lieferung der gesamten Mengen an Brotgetreide und Mehl zu verlangen, die den für die versorgungsberechtigte Bevölkerung bis zum 15. Juni 1920 erforderlichen Bedarf übersteigen. Für die in Betracht kommenden Getreide- und Mehlmengen ist sofort bei der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle, Abteilung Einkauf, Berlin W 50, Kurfürstendamm 237, telegraphische Verladeverfügung einzuholen. Die den Kommunalverbänden durch den Aufkauf, durch die Lagerung der Getreidemengen usw. erwachsenden Unkosten werden von der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle übernommen. Soweit diese Mengen nicht aus den noch von den Landwirten des Kommunalverbandes abzuliefernden Vorräten ersetzt werden können, wird die Reichsgetreidestelle sie dem Kommunalverband bestimmungsgemäß so bald wie möglich zurückliefern. Sie wird dazu auch imstande sein, da sie die Ermächtigung und die finanziellen Mittel zur Einfuhr von mehreren hunderttausend Tonnen Auslandgetreide erhalten hat. Davon sind nach dem 1. Januar 1920 annähernd 300 000 Tonnen fest gekauft, die jetzt allmählich eintreffen, so daß für die nächsten Wochen bestimmt mit größeren Auslandzufuhren zu rechnen ist. Es handelt sich also nur um eine vorübergehende Maßregel, aus der die Kommunalverbände der Reichsgetreidestelle heraushelfen sollen und müssen.

—oOoOo—

Türkischer Aufruf zum Heiligen Krieg

bb Rom, 19. Mai. „Epoca" meldet aus Konstantinopel: Die Engländer leiteten Verhandlungen mit den türkischen Nationalisten ein, da sie zur Ueberzeugung gekommen seien, daß eine gewaltsame Unterdrückung unmöglich sei, zumal Denikelos nicht imstande sein werde, die angebotenen 108 000 Mann aufzubringen.

bb Kopenhagen, 19. Mai. In Stambul ist nach englischen Meldungen ein mohammedanischer Aufruf zum Heiligen Krieg angeschlagen, in dem die Muselmanen der Welt zum Kampf aufgefordert werden. Es heißt u. a., daß der Friedensvertrag in Wirklichkeit ein Angriff des Christentums auf den Islam sei. Nach weiteren Londoner Meldungen erhalten die türkischen Nationalisten seit Bekanntwerden de Friedensvertrages großen Zuzug von waffenfähigen Männern aus der Bevölkerung namentlich Enver Paschas und Mustapha Kemals Heer, dessen Heer auf über 200 000 Mann angewachsen sein soll.

Aus Stadt und Land.

** Schwerte, 19. Mai

** **(Die Mark wieder 10 Pfg.)** Der holländische Gulden ist an der Berliner Börse auf 16,78, an der Kölner Börse auf 16,70 Mark gesunken. Damit ist die Mark wieder auf über 10 Pfg. gestiegen. — Wie der Vertreter der „Baseler Nachrichten" in Berlin aus finanziellen Kreisen erfährt, wird das stetige Steigen des Markkurses sowohl auf die direkt angeknüpften Geschäftsverbindungen mit Holland und Amerika zurückgeführt, wie auch auf die in letzter Zeit immer mehr zutage tretende Absicht Amerikas, die deutsche Valuta zu heben. Es verlautet mit ziemlicher Bestimmtheit, daß Amerika mit allen Mitteln danach streben werde, die deutsche Mark in drei bis vier Monaten auf einen Kursstand von 30 bis 35 schweizerischen Centimes zu bringen.

** **(Zur Reichstagswahl.)** Wie wir erfahren, sind dem Wahlkommissar des Wahlkreises Arnsberg 9 Vorschlagslisten eingereicht worden, und zwar von der deutschen Volkspartei, den Deutschnationalen, dem Zentrum, den Mehrheitssozialdemokraten, den Unabhängigen, den Kommunisten (Spartakusbund), den Polen, der Christlichen Volkspartei und den Demokraten.

** **(Pfingstferien.)** Für alle Schulgattungen (Volksschulen und höhere Schulen) sind die Pfingstferien von gleicher Dauer, nämlich Schluß des Unterrichts: Freitag, den 21. Mai, Beginn des Unterrichts: Dienstag, den 1. Juni.

** **(Die Banknotenschnellpresse.)** In der letzten Aprilwoche war die Nachfrage nach Zahlungsmitteln bei der Reichsbank so groß, daß 1966,5 Millionen Mark neue Noten in Verkehr gebracht werden mußten. Der Notenumlauf betrug am 30. 4. 61,7 Milliarden Mark. Der Ausweis der Reichsbank vom 30. April zeigt eine außerordentlich starke Zunahme der Anlagekonten. Ihren Grund hat die Inanspruchnahme im wesentlichen darin daß einerseits das Reich wieder recht erhebliche Kredite bei der Bank entnahm und andererseits große Beträge im freien Verkehr untergebrachter Schatzanweisungen nicht verlängert oder zum Rediskont eingereicht wurden. Diese ungünstige Gestaltung dürfte, abgesehen von den üblichen größeren Ansprüchen des Monatsschlusses, namentlich auch mit der weiteren Steigerung des Preis- und Lohnniveaus während der neuesten Zeit zusammenhängen.

** **(Neuerungen bei der Staatslotterie.)** Die Verwaltung der Staatslotterie hat, um einer etwaigen Erschwerung des Loseabsatzes vorzubeugen und gegenüber der gegenwärtigen Geldentwertung und Steuerbelastung einen erhöhten Anreiz für die Mitspieler zu schaffen, schon für die nächste, im Juli ds. Js. beginnende Lotterie eine beträchtliche Erhöhung und Vermehrung der Gewinne beschlossen. Die Hauptgewinne und die Prämien, ebenso auch die mittleren Gewinne waren in ihrer Höhe nicht mehr ganz zeitgemäß. Künftig betragen die beiden Hauptgewinne auch in den ersten drei Vorklassen je 100 000 Mark. In der Haupt- und Schluß-Klasse sind die beiden Prämien von 300 000 Mark auf 500 000 Mark erhöht. An Stelle der bisherigen beiden Gewinne zu 150 000 Mark sind zwei Gewinne zu je 300 000 Mark eingeschoben worden. Die beliebten Mittelgewinne sind der Zahl nach be-

Taifun.

Roman von Heinz E. Monis.

66) (Nachdruck verboten.)

Ja, noch mehr! Seit einer halben Stunde sprühte es nach kurzer Unterbrechung aus flatternden Wolkenfahnen wieder unaufhörlich nieder, das durchnäßte Zeug klebte am Körper, der Ostwind schnitt wie ein Messer. Hilfsbereit hatte sie, die Grete, ihm am Vormittag gezeigt, wie man aus einem guten Sack einen sehr wirksamen Schutz herstellen könne gegen Regen und Kälte. Sie nahm den Sack von den eigenen Schultern und beteuerte, ihre Kleidung sichere sie vollkommen gegen Nässe und jede Witterungsunbill.

Dankbar hatte er ihr zugelächelt, dieses Lächeln durchdrang sie wie ein köstliches, wohltuendes Fluidum, es hatte sie hinweggetäuscht über den eisigen Hauch des Windes, über ihre triefenden Kleider, ihre erstarrten Glieder. Und nun mußte sie sehen, daß er diesen improvisierten Wettermantel einfach fortgab, ihn der Fränze über die klapperdürren Knochen hing.

Oh, es war abscheulich, es war niederträchtig von der Fränze.

Der Wind pustete die Backen auf und blies stärker und stärker, der Nebel senkte sich mehr und mehr, das nadelscharfe Sprühen der Lüfte raubte einem fast den Atem — die beiden jungen Menschenkinder da unten achteten es kaum. Ein unausgesprochenes Glück hielt sie schützend umfangen, ließ ihre Herzen pochen in raschen Schlägen. Sie erwachten wie aus einem köstlichen Traum, als der Feierabendruf ertönte und sahen erstaunt einander an. Wie schnell entflieht die Zeit in Stunden des Glücks!

Da kamen auch die Grete und die andern aus der Parzelle; Hände und Gesichter blaurot vor Kälte, die Haare, die ganze Kleidung triefend, überzogen wie mit grauem Silberstaub.

„Wo is mei Sack? Sie sin ja ganz naß."

Erstaunt wandte Orth sich nach Grete um. Der brüske Ton ihrer Frage, das Zischen in ihrer Stimme erschreckten ihn. Was wollte das Mädel? Sie hatte sich in der letzten Zeit doch so sanft gegeben.

Etwas unsicher wies er auf Fränze, die gerade ihre Schuhe von der anhaftenden zähen Erde befreite. Wie ein kleiner, reizender Nikolaus mutete sie an mit der über das Altgoldhaar gezogenen spitzen Sackkapuze.

„Ich habe ihn Fräulein Reeb gegeben. Sie war so naß und durchfroren."

Fräulein Reeb! Grete lachte schrill auf. Dieses spöttische, verletzende Lachen, das dem jungen Mann schon so oft das Blut der Empörung in die Stirn trieb.

Schon hatte Fränze die Hülle abgestreift. Zaghaft, wie im Bewußtsein einer begangenen, großen Schuld, sah sie bald auf das erzürnte Mädchen, bald auf Orth.

„Hier — hier ist der Sack. Verzeihen Sie, ich — ich wußte nicht, daß er Ihnen gehört."

Ihre sanften Augen schimmerten feucht. Man sah ihr an, wie sie ankämpfte gegen die aufsteigenden Tränen.

Ungestüm riß Grete dem jungen Mädchen den Sack aus der Hand.

„Her damit!" Denkscht de, ich lass' mich durchweeche um dich?"

Ehe Orth ein Wort hervorzubringen vermochte, ergriff sie ihren Eimer und schritt hinter den schon vorausgegangenen Kameradinnen her. Der Wind klatschte ihr die nassen Röcke um die Beine, ihr gelöstes Umschlagetuch flatterte, ihre harten Tritte hallten auf dem frischaufgeworfenen Steinschlag der Straße.

„Fräulein Fränzchen!"

Warm wandte sich Orth an das zitternd hinter der Grete herschauende Mädchen. Was sollte er nur sagen, womit es entschuldigen, daß er wie ein Holzblock dagestanden, der Rasenden nicht entgegengetreten war?

Hilflos schlug die Kleine die großen Augen zu ihm auf; hilf- und ratlos und doch wieder voll von warmem Vertrauen.

„Verzeihen Sie, Fräulein Fränze, und sind Sie mir nicht böse. Ich ahnte nicht, daß die Grete es übelnahm, daß ich Ihnen den Sack gab. Nehmen Sie es nicht gar so tragisch. Ich weiß, sie leidet und gibt sich darum oft so heftig."

Nun lächelte Fränze schon wieder. Es war, wie wenn die Sonne hervorbricht, während noch die letzten Tropfen eines versiegenden Regens langsam niederfallen.

Zögernd reichte sie Orth ihre kleine Rechte.

Wie durchfroren die war, fast unbewußt nahm Orth sie in beide Hände, versuchte sie mit dem Hauch seines Mundes zu erwärmen.

Wie mit Blut übergossen stand Fränze da. Es rann etwas durch ihre Adern, das sie nie gekannt, umschmeichelte ihre Sinne, erfüllte ihre Brust mit süßer Bangigkeit. Wie aus weiter Ferne schlug ein Name an ihr Ohr; kaum hörbar geflüstert und doch so unendlich traut und zärtlich im Klang. Sie machte einen schwachen Versuch sich loszureißen; doch das letzte Aufbäumen ihrer mädchenhaften Scheu erlahmte unter dem weichen Druck eines ihren Nacken umspannenden Armes.

„Fränze, kleines, liebes Mäuschen."

Es überrieselte sie; eiskalt, glühendheiß. Langsam, fast traumhaft, öffnete sie die geschlossenen, blauen Guckaugen, und abermals verschönte ein Lächeln ihr feines Antlitz.

„Wilhelm."

Da fühlte sie ein paar warme Lippen auf ihrem erstarrten Munde. Und die gleiche zärtliche Stimme wie eben nannte immer wieder ihren Namen.

Fränze, meine kleine, süße Fränze; mein lieb es, süßes Mäuschen!

Der Regen sprühte, brannte und stach; der Wind knatterte ihnen um die Ohren, riß und zerrte an der regenschweren Kleidung, blähte sie auf wie bauchige Segel. Vereinzelt ging auf den Straßen noch das Klingeln der Mostfuhren, von den Türmen der Stadt schwangen breite Glockentöne durch die niedergrauende Dämmerung.

Was kümmerte es die beiden? Fast mechanisch setzten sie einen Fuß vor den andern, die Welt um sie her schien versunken und vergessen.

Nur einmal umschlang Orth die Hüfte der sanft Widerstrebenden noch fester und suchte das Leuchten ihrer Vergißmeinnichtsterne. Das war, als bereits die Laternen der Stadt vor ihnen aufblitzten und irgendwoher die altbekannte Winzerweise zu ihnen herübergetragen ward

Schatz, mein Schatz, reis' nicht so weit von mir;
Im Rosenga-a-arten will ich deiner wa-a-arten!
Im grünen Klee, im weißen Schnee.

8. Kapitel.

Die große Stube der Frau Ringeisen lag öde und verlassen, als Orth nach Hause kam. Die Kostgänger hatten Nachtschicht und waren bereits zur Arbeit gegangen; die Kinder tollten noch auf der Straße umher, erbettelten von den heimkehrenden Lesern einige Traubenklötze und schrien dann zum Dank hinter ihnen her.

Herbschtmooke, Herbschtmooke!

Allenthalben hörte man dieses Wort, und gutmütig, wie der Rheinländer nun einmal ist, ließ man es sich lachend gefallen, trotz seiner etwas derben Bedeutung. Man sah ja auch tatsächlich aus in der kotbespritzten und durchnäßten Kleidung wie jenes Russeltier, dem die Bezeichnung entlehnt ist.

(Fortsetzung folgt.)

trächtlich vermehrt, und zwar die Gewinne zu 5000 Mark auf 300 Stück, die Gewinne zu 3000 Mark auf 4000 Stück und die Gewinne zu 1000 Mark auf 8200 Stück. Die Freilose sind einem vielseitigen Wunsch entsprechend der damit verbundenen Weitläufigkeiten in Wegfall gekommen. Das bringt aber keine Verkürzung der Spieler mit sich, da künftig der kleinste Gewinn jeder Klasse so hoch bemessen ist, daß er den vollen Kaufpreis für das Ersatzlos deckt. Andererseits müßte der Geldentwertung auch hinsichtlich der Losepreise Rechnung getragen werden. Der Preis für das Achtellos beträgt in Zukunft zuzüglich eines Teuerungszuschlages 7,30 Mark (bisher 5,25 Mark) gleichmäßig in jeder der fünf Klassen. Der Gewinnabzug, bisher 15½ Prozent, ist auf 17 Prozent festgesetzt. Diese Preissteigerungen halten sich in mäßigen Grenzen, sie bleiben hinter der sonst auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens eingetretenen Verteuerung zurück und sie kommen, wie schon die bisherigen Einsätze, den Spielern zum allergrößten Teil wieder zugute.

** (Künftig nur zwei Klassen auf der Eisenbahn.) Die Einführung des Zweiklassensystems auf den Reichseisenbahnen wird voraussichtlich bis zum 1. Juli 1921 durchgeführt sein.

** (Gegen die körperliche Züchtigung in den Schulen) wendet sich eine besondere Verfügung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an sämtliche Regierungen. Er wünscht die gesamte Lehrerschaft für den Gedanken zu gewinnen, daß die körperliche Züchtigung ein Strafmittel darstellt, dessen Anwendung mit dem Geiste unserer Zeit nicht mehr vereinbar ist und das daher aus der Schule ganz beseitigt werden müßte. Unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen macht er deshalb den Schulaufsichtsbehörden zur Pflicht, ihren ganzen Einfluß dafür einzusetzen, daß dieser Zustand eintritt.

** (Die Beförderung von Saatkartoffeln.) Da die Kartoffelbestellung im wesentlichen beendet ist, hat das Reichswirtschaftsministerium für Ernährung und Landwirtschaft vom 15. Mai ab die Beförderung von Saatkartoffeln freigegeben. Die Verwendung von polnischen Saatkartoffeln wird hiervon nicht betroffen.

** (Bestandene Prüfung.) Der Schlosser H. Schulte, Liethstraße 7, bestand vor der Handwerkskammer zu Dortmund seine Gesellenprüfung mit dem Prädikat „Sehr gut".

** Westhofen, 20. Mai. (Lebensmittel.) In der Woche vom 23. bis 29. Mai gelangt zur Ausgabe: 100 Gr. Margarine pro Person, das Pfund zu 16,60 Mark, 80 Gramm Brotfett pro Person, das Pfund zu 18,50 Mark, 250 Gramm Haferflocken pro Person, das Pfund zu 4,50 Mark, 250 Gramm Reis pro Person, das Pfund zu 8,50 Mark, 125 Gramm weiße Bohnen pro Person, das Pfund zu 4,50 M., 125 Gramm braune Bohnen pro Person, das Pfund zu 3 M., 50 Gramm Honig pro Person, das Pfund zu 3,70 M., 250 Gramm Wibbelbohnen für Schwerkriegsbeschädigte in den bekannten Geschäften, das Pfund zu 1,60 Mark.

** Westhofen, 19. Mai. (Wahlversammlung.) Ueber die gestrige von der demokratischen Partei einberufene öffentliche Volksversammlung geht uns ein Bericht zu, in dem es u. a. heißt: In der auf Dienstag anberaumten öffentlichen Volksversammlung sprach Chefredakteur Hartenfels-Hagen über das Thema: „Arbeiten und Ziele der Deutsch-demokratischen Partei". In fast zweistündigem Vortrage schilderte der Redner die Tätigkeit der demokratischen Partei im Parlament und in der Regierung. Ausgehend von der gegenwärtigen innen- und außenpolitischen, sowie der wichtigen wirtschaftlichen Lage des deutschen Reiches warf der Referent die Frage auf, welche Politik getrieben werden müsse, um unser Vaterland allmählich wieder aufzurichten. Man kann auf fünferlei Art Politik treiben: Mit dem Munde, mit dem Herzen, mit Gewalt, mit dem Magen und mit Verstand. Von diesen 5 Arten ist zweifellos die letztere die einzig richtige Politik, die den Wiederaufbau unseres Vaterlandes gewährleistet; diese Art Politik dauert zwar lange, aber sie führt zum Ziel. Daß die Deutsch-demokratische Partei diese Politik getrieben hat, hat ihr bisher keine ihrer gegnerischen Parteien widerlegen können. Sodann schilderte der Redner die von der Demokratischen Partei in der Regierung geleistete Arbeit und wies die ihr in den einzelnen Fragen gemachten Vorwürfe besonders der beiden Rechtsparteien zurück. Nachdem die Judenfrage noch kurz erläutert war, schloß der Redner seine Ausführungen mit dem Wahlaufruf: Wer durch eine Politik der Gewalt, wer durch eine Klassen- und Rassenpolitik glaube das deutsche Vaterland wiederaufzubauen, der möge nicht demokratisch wählen; wer dagegen aber eine Politik der Vernunft und des sozialen Ausgleichs, wer eine Politik des Arbeitsfriedens und der Völkerversöhnung treiben wolle, der wähle am 6. Juni die Liste der Deutsch-Demokratischen Partei. In der folgenden Diskussion warf Herr Ebeling den Mitgliedern der Rechtsparteien, die der Versammlung ferngeblieben waren, vor, sie besuchten die Versammlungen der gegnerischen Parteien aus dem einen Grunde nicht, weil man fürchtete, die Anhänger zu verlieren. Herr Ebeling hofft, daß die Mitglieder der Rechtsparteien den Mut aufbringen werden, auch die gegnerischen Versammlungen zu besuchen und sich in aller Oeffentlichkeit offen und ehrlich mit ihren Gegnern auseinanderzusetzen. Auf die Frage eines Mehrheitssozialisten, wie sich die Demokratische Partei zu den Kriegsgesellschaften stelle, antwortete der Redner, daß die Kriegsgesellschaften sobald wie möglich aufgelöst werden müßten. Ebenso erklärte der Referent, daß die Demokratische Partei dafür eintrete, daß die Zwangswirtschaft, soweit es die Ernährungslage des deutschen Volkes gestatte, so schnell wie möglich aufgehoben werden müsse.

—ooOoo—

Aus den Provinzen.

* Hörde, 19. Mai. (Militär-Auto gestohlen.) Aus der Autogarage der Aktiengesellschaft Phönix hier wurde ein von der Brigade-Kraftwagenabteilung 16 dort untergebrachter Militär-Personen-Kraftwagen im Werte von 300 000 Mark gestohlen. Es handelt sich um einen Benz-Wagen mit neuem graugrünen Anstrich.

* Dortmund, 19. Mai. (Die teuere Straßenbahn.) Heute treten die neuen um 100 Prozent erhöhten Fahrpreise der Straßenbahnen in Kraft. Unseres Erachtens hätte die Straßenbahnverwaltung diese Erhöhung der Oeffentlichkeit gegenüber zum mindesten sachlich begründen müssen. Es ist vorauszusehen, daß die bisherigen Fahrgäste sich diese Behandlung kaum gefallen lassen werden. Folge: eine Entvölkerung der Bahn und ein noch höheres Defizit! Ob das der Zweck der städtischen Verkehrseinrichtung ist?

* Dortmund, 19. Mai. (Der Raubüberfall auf die Stationskasse) in Dortmunderfeld am 31. März bei dem über 500 000 Mark Lohngelder von zwei Banditen geraubt wurden, hat endlich Aufklärung gefunden. Die Täter, von denen zwei die Beamten der Kasse mit vorgehaltenem Revolver bedrohten und fesselten, während ein Dritter die Sache vorbereitete, sitzen schon hinter Schloß und Riegel. Der Anführer war ein gewisser Kauz aus Barop, der mit dem gestohlenen Gute in Mitteldeutschland ein Geschäft gründete. Als er vor einigen Tagen in Barop an einem Begräbnis teilnahm, wurde er von den überfallenen Beamten wiedererkannt und von Kriminalisten sofort verhaftet. Sein Spießgeselle, ein gewisser Esfeld, der bei dem Ueberfall in Matrosenuniform Beistand leistete, wurde im Dortmunder Untersuchungsgefängnis ermittelt. Der dritte, der die sonst verschlossene Tür zum Kassenraume vorher öffnete und nach der Tat die Beamten von ihren Fesseln befreit hatte, ist in der Person des Bahngehilfen Liemke ebenfalls den Richtern vorgeführt worden.

* Dortmund, 19. Mai. (Grabräuber.) In der vergangenen Nacht drangen Grabräuber auf dem Südwestfriedhof in das Tinnefeldsche Erbgrab, öffneten den Metallsarg der dort bestatteten Frau und raubten Schmuckstücke im Werte von mindestens 60 000 Mark. Tinnefeld ist Plantagenbesitzer in Ostindien und befand sich kürzlich hier auf Besuch. In dieser Zeit starb seine Frau an der Grippe.

* Warstein, 19. Mai. (Keine Steuern.) Auch in diesem Jahre werden hier keine Steuern erhoben, da aus den Waldbeständen soviel Einnahmen erzielt worden sind, daß jede vorgesehene städtische Ausgabe gedeckt werden kann. Auch die Nachbarstadt Brilon hat aus ihren reichen Holzbeständen 400 000 Mark vereinnahmt, das sind fast doppelt soviel, als Steuern aus dem Kapitalvermögen — nämlich 204 000 Mark — der Stadtkasse zufließen. — Die glücklichen Einwohner.

* Münster, 19. Mai. (Aus Unvorsichtigkeit erschossen) wurde bei dem leidigen Hochzeitsschießen auf dem Kappenberger Damm ein auf dem Felde beschäftigter Landwirt. Er erhielt einen Schuß ins Herz.

* Eisborn, 19. Mai. (Mord und Selbstmord.) Hier hat der 19jährige Banklehrling Walter Büssing seinen Stiefvater, den Bäckermeister Gustav Braese, mit der Jagdflinte erschossen, angeblich, weil er den Kindern das mütterliche Erbteil vorenthalten wollte. Nach vollbrachter Tat verübte der junge Mann Selbstmord.

* Elberfeld, 19. Mai. (Ungesühnter Mord.) Bei den letzten Unruhen waren alle Insassen des Elberfelder Gerichtsgefängnisses ausgebrochen, wobei es zu einem Feuergefecht zwischen Gefangenen und Beamten kam. Es kamen einige Gefangene ums Leben, unter denen sich auch der englische Offizier Cunson befunden haben soll, der wegen Ermordung seiner Braut, des Fräulein Claire Klein aus Ohligs, in Untersuchungshaft saß. Es steht nun zweifelsfrei fest, daß der Engländer bei der Revolte nicht ums Leben gekommen ist. Durch Zeugen ist einwandfrei festgestellt, daß Cunson am Tage nach dem Gefängnisputsch mit anderen Gefangenen in Solingen gewesen ist, hier vergeblich bei Kameraden Unterkunft gesucht und sich dann weiter begeben hat. Er befindet sich sehr wahrscheinlich längst im Auslande in Sicherheit, so daß der brutale Mord wahrscheinlich nie gesühnt werden wird.

Monsignore Pacelli



der päpstliche Nuntius in Berlin

* Köln, 19. Mai. (Die Fahrpreise auf den Rheinschiffen.) Man schreibt dem „Stadt-Anzeiger": „Nach langen Bemühungen ist es endlich gelungen, Kohlen für die Wiedereinführung des Personenverkehrs auf dem Rhein bewilligt zu erhalten. Insbesondere, so hieß es, sollten die Dampfschiffahrtsgesellschaften der Großstadtbevölkerung Gelegenheit geben, sich zu erholen und Ausflüge an den Rhein zu unternehmen. Offenbar rechnet jedoch die Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrtsgesellschaft nur mit einem sehr zahlungskräftigen Publikum, das in der Lage ist, unbehindert von den breiten Massen, möglichst viel und recht teuren Wein auf den Schiffen zu trinken. Wenigstens gelangt man zu dieser Auffassung, wenn man sich die neuen Fahrpreise auf den Rheinschiffen ansieht. Sie sind fast durchweg höher als die zweite Klasse im Personenzug, und es kostet stromaufwärts die Fahrt von Köln nach Königswinter 8,70 Mk., nach Koblenz 24,90 Mk. und nach Mainz sogar 51,30 Mk., das ist sieben Mark mehr als in der zweiten Klasse der Eisenbahn. Wir wissen nicht, ob solche wahnsinnigen Preise für die Schiffahrt unbedingt notwendig sind, glauben aber, daß, wenn sie nicht in der Lage ist, mindestens einen Massenverkehr ebenso billig wie die Eisenbahn zu bewältigen, der Wert der Personenschiffahrt für die Bevölkerung äußerst fraglich ist, und daß der Kohlenkommissar gut daran täte, seine Kohlen einem besseren Zwecke zuzuführen."

* Köln, 19. Mai. (Flieger-Absturz.) Gestern stürzten in Lindenthal zwei englische Flugzeuge aus einer Höhe von 150 Meter ab. Zwei Offiziere waren tot, ein dritter, sowie ein Mechaniker, wurden schwer verletzt. Die beiden Flugzeuge machten eine Uebung, als plötzlich das eine eine scharfe Wendung machte und an das andre anstieß, so daß beide sich gegenseitig in die Tiefe rissen.

* Koblenz, 19. Mai. (Die amerikanischen Militärbehörden) bedrohen in einer Bekanntmachung diejenigen Wohnungsinhaber mit empfindlichen Strafen, die ihre Räume für Verkehr zwischen Angehörigen der amerikanischen Besatzungstruppen und weiblichen Personen der rheinischen Bevölkerung zur Verfügung stellen. Die städtischen Behörden werden aufgefordert, mit allen Mitteln mitzuwirken damit dieses Unwesen ausgerottet wird. — Ferner warnen die amerikanischen Militärbehörden die rheinischen Kaufleute, den Angehörigen der amerikanischen Besatzungstruppen zu borgen. Die Soldaten reisten gewöhnlich nach solchen Anleihen nach Amerika und die Geschäftsleute hätten das Nachsehen. Der Sold der Truppen reiche vollkommen für Barbezahlungen ihrer Einkäufe aus. Die Kommandostellen würden keinerlei Forderungen dieser Art anerkennen.

—ooOoo—

Zum Konflikt zwischen Aerzten und Krankenkassen.

Der Verband der Aerzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen hatte seinen Beirat nach Leipzig berufen, um sich über die zu ergreifenden Maßnahmen im Konflikt mit den Krankenkassen-Verbänden schlüssig zu werden. Die eingehenden Beratungen ergaben vollste Einmütigkeit in der Stellungnahme der Aerzte gegenüber den Krankenkassen und fanden ihren Niederschlag in der Annahme einer Resolution, in der es u. a. heißt: Der Beirat beschließt den Eintritt des vertragslosen Zustandes am 25. Mai 1920, mittags 12 Uhr. Er ist damit einverstanden, daß auf etwaiges Ersuchen der Kassenverbände oder der Regierung nochmals Einigungsverhandlungen versucht werden. Die für die schiedsgerichtliche Behandlung der Honorarfrage vom Arbeitsministerium aufgestellten Richtsätze sind völlig unannehmbar. Für den Fall, daß bei dem Kampfe zwischen Aerzten und Kassen versucht werden sollte, die berufliche Freiheit der Aerzte durch Zwangsmaßnahmen anzutasten, würden unabsehbare Folgen unvermeidlich sein.

—ooOoo—

Letzte Drahtmeldungen.

Eigener Depeschendienst.

Die „Kriegsverbrecher".

TU Leipzig, 20. Mai. Wie von zuständiger Stelle in Leipzig mitgeteilt wird, ist die von Berlin aus verbreitete Meldung, daß in der neuen Liste der Entente über die Kriegsbeschuldigten genauere Angaben gemacht und Zeugen genannt worden sind, unzutreffend. Beweisangaben und Zeugenbenennungen sind überhaupt noch nicht gemacht, weder in der ersten, noch in der zweiten Liste. Richtig ist nur, daß die neue Liste einige weitere Angaben über die Beschuldigten und das ihnen zur Last Gelegte macht. Diese Angaben sind aber nach wie vor ganz allgemein gehalten und so mangelhaft, daß sich darauf eine Anklage nicht aufbauen läßt. Unrichtig ist weiter, daß in den Wochen zwischen dem 7. und dem 20. Juni Vernehmungstermine in Berlin und Leipzig angesetzt worden sind. Die Beschuldigten sind zwar zum größten Teile gehört worden, aber nur auf brieflichem Wege; keiner von ihnen ist bisher vorgeladen worden. Es sind auch noch keine Termine hierzu angesetzt worden.

Die internationale Anleihe zum Wiederaufbau Deutschlands.

TU Haag, 20. Mai. England, Frankreich, Italien, Belgien, die Vereinigten Staaten, Holland, Dänemark und Spanien wollen sich an der internationalen Anleihe zum Wiederaufbau der deutschen Industrie beteiligen.

Zustimmung Englands zu den franz. Vorbehalten.

TU Haag, 20. Mai. Der „Daily Telegraph" bringt folgende Information: Millerand hat der Verschiebung der Konferenz nur unter der Bedingung zugestimmt, daß die Stellung der deutschen Spaa-Delegierten in Uebereinstimmung mit dem Geiste des Versailler Vertrages und den Rechten Frankreichs geregelt wird und daß die Verschiebung nicht auf den Zeitpunkt der Gutmachung Deutschlands zurückwirkt. Damit waren die englischen Staatsmänner sofort einverstanden.

Sie wollen uns weiter ausplündern.

WTB Wiesbaden, 20. Mai. Die Vereinigung der im Rheinlande ansässigen französischen und belgischen Industriellen protestiert in öffentlichen Anschlägen im besetzten Gebiet gegen die Gesetze und Verordnungen der Reichsregierung, durch die das Loch im Westen verstopft sei. Sie verlangen Aufhebung dieser Gesetze und Verordnungen, andernfalls würden sie ihre Regierungen bitten, dafür zu sorgen, daß Artikel 270 des Friedensvertrages angewendet wird, der erlaubt, im Rheinlande einen besonderen Zolltarif einzuführen. Der Protest bewegt sich in scharfen Ausdrücken gegen die deutsche Reichsregierung.

Polens Gier nach deutschem Land.

TU Berlin, 20. Mai. Zahlreiche Nachrichten sprechen dafür, daß die Polen sich gewaltsam in den Besitz Oberschlesiens setzen und dies bei denjenigen Kreisen versuchen wollen, die ihnen den geringsten Widerstand entgegensetzen würden, dem Kreise Rybnik. Sie wollen zunächst einen neuen Generalstreik der Grubenarbeiter ins Werk setzen. Täglich kommen kleinere Truppenkommandos der Polen in diesem Kreise an. Aus einem chiffrierten Telegramm geht hervor, daß zahlreiche Munition für die Polen abgegangen ist. In Breslau haben die Polen für 100 000 Mark Geschirre, für 15 000 Mark Unterwäsche für die Mannschaften und für eine Million Mark Artilleriekabel aufgekauft.

Die Uebergabe der ersten Zone an Dänemark.

TU Kopenhagen, 20. Mai. In hiesigen politischen Kreisen nimmt man an, daß die Uebergabe des Dänemark zufallenden Teiles von Nordschleswig am 26. Mai erfolgen wird. Am gleichen Tage verlassen die französischen Soldaten Flensburg.

Der neue Krieg in Rußland.

TU Stockholm, 20. Mai. Ein Moskauer Funkspruch meldet aus Witebsk: Die rote Armee hat bei Polozk die Düna überschritten. Die polnischen Banden ziehen sich zurück. Die Bevölkerung begrüßte die rote Armee, die sie von dem Joch der polnischen Magnaten befreite, freudig. Die Polen melden von der Düna, daß die Roten 5 Millionen Mann zusammengezogen hätten und angriffen. Bei Kiew seien die Russen zurückgeschlagen worden. Eine amerikanische Handelsdelegation nach Sowjetrußland hat sich laut einem Moskauer Funkspruch angekündigt.

Großes Bootsunglück.

Kopenhagen, 20. Mai. Wie „Berlingske Tidende" meldet, hat sich gestern in Saeltjerosi nördlich von Viborg ein Bootsunglück ereignet. Auf dem Heimweg von einem Ausflug kenterte ein Boot, wobei 29 Schulkinder ertranken.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Fried. Kraus. Druck und Verlag: Carl Braus, beide in Schwerte.

Gebrüder **Stein**

Schwerte Feilingstr. 21.

Modernes Kaufhaus.

Enorm billiger Verkauf von Damen-Konfektion!

Durch persönlichen Einkauf gelang es uns, in den letzten Tagen vereint mit mehreren verwandten Geschäften in Berlin

grosse Mengen bester Konfektion

den heutigen Zeitverhältnissen entsprechend ausserordentlich billig zu erwerben. Fortwährend treffen Eilgutsendungen ein, damit es uns möglich ist, noch vor Pfingsten unsere werte Kundschaft bedienen zu können.

2956

Wir betonen ausdrücklich: Es handelt sich nur um erstklassige Ware, die selbst den verwöhntesten Geschmack befriedigen muss. Preise und Qualitäten sind unerreicht! Nur ein kleiner Teil der Waren konnte in unseren Fenstern ausgestellt werden.

Wir bieten an:

Costümröcke, weiss, rosa, hellblau, prima Ware, **68.–**

Costümröcke, schwarz-weiss kariert, „ „ **98.–**

Costümröcke, alle mod. Farben auch blau u. schwarz **75.–**

Costümröcke, in grau und braun. 68.—, —58.— **48.–**

Costümröcke, aus reinwollenen Cheviots, Gabadine, Seide, hervorragende Qualitäten, enorm billig.

Besonders billig: **Covercoat-Mäntel 475.–**

Ein Posten weisse Stickereiblusen enorm billig **38.–**

Ein Posten Volle- u. Batistblusen 75.-, 58.-, **48.–**

Ein Posten Vollvoile-Blusen, allerbeste Ware u. Verarbeitung, 195.—, 145.— **138.–**

Ein grosser Posten Stoffmäntel, gute Qual. zum Aussuchen **125.–**

Ein grosser Posten Volle-Kleider, hell, dunkel und weiss ausserordentlich billig.

Staubmäntel, Seidene Mäntel, Alpacca-Mäntel,

Allerbeste Qualitäten, 275.—, 390,— 490.—

Der Verkauf beginnt Freitag nachmittag. Auswahlsendungen und Aenderungen können nicht gemacht werden.

Albin Lepper
Magdalene Lepper
geb. Fleer

Vermählte. 2991

Schwerte, im Mai 1920.

Wilhelm Wiedey
Aenne Wiedey
geb. Rutenborn

Vermählte. 2965

Geisecke, den 20. Mai 1920.

Jac Geisen
Tilla Geisen
geb. Koch

Vermählte. 2990

Geisecke bei Schwerte, im Mai 1920.

Buchdruckerei Carl Braus

Gr. Marktstr. 3-5. *Schwerte.* *Fernsprecher 62.*

Anfertigung von Drucksachen aller Art

wie

Adreßkarten, Auftragsbestätigungen, Besuchsanzeigen, Briefbogen, Danksagungen, Einladungen, Eintrittskarten, Frachtbriefe, Geburtsanzeigen, Glückwunschkarten, Hochzeitseinladungen, Hochzeitszeitungen, Kataloge Kuverts, Lieferscheine, Lohndüten, Mitteilungen, Mitgliedskarten Mitgliederlisten, Paketkarten, Postkarten, Preislisten, Plakate Programme, Prospekte, Quittungsformulare, Rundschreiben, Rechnungen, Speisekarten, Statuten Tafellieder, Tanzkarten, Trauerbriefe, Trauerkarten, Totenzettel, Versandanzeigen Verlobungsanzeigen, Vermählungsanzeigen, Visitkarten, Wechselformulare, Weinkarten Weinetiketten, Wiegekarten, Wiegescheine

▽

Zahlungsaufforderungen, Zahlkarten, Zahlungsüberweisungen Zigarrenbeutel usw. usw. :-: :-: :-: :-: :-: :-: :-: :-:

in saubersier Ausführung, bei schneller Lieferung und preiswürdiger Berechnung.

Massenauflagen. :-: Buchbinderei. :-: Einrahmungen.

***Schwerter Zeitung** (Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde).*

Allgemeine Ortskrankenkasse

für den Amtsbezirk Westhofen.

Ausschuss-Sitzung

findet am Mittwoch, 26. Mai d. J., abends 7 Uhr im Lokale des Herrn L. Weiberg hier, statt, wozu auch die Mitglieder des Vorstandes eingeladen werden.

Tagesordnung: I. Rechnungslage 1919. II. Aenderung der Grundlöhne. III. Verschiedenes

Westhofen, den 18. Mai 1920. 2981

Der Vorstands-Vorsitzende.

Dortmunder Kleinbahn.

Ab 1. Juni 1920 erfolgt vorbehaltlich besonderer Genehmigung der Aufsichtsbehörde eine Abänderung der Sätze des Nebengebührentarifs, Abschnitt C Abs b lfd. Nr 6, des Tarifs der Kleinbahn. Auskunft erteilt die unterzeichnete Verwaltung. 3003

Betriebsleitung der Dortmunder Kleinbahn.
Städtische Hafenverwaltung.

Kappus-pflanzen

hat abzugeben 3000

Niederschulte

Doerberge.

Hochf. elektr. **Klavier,** fast. 1 elektr. **Musikwerk,** wie neu, m. Not. spielf. aufg., ferner **1 Klaviermotor** bill. z. verk.

Böddecker

3004 Iserlohn.

Weißkohl, Rotkohl u. Wirsingpflanzen

hat abzugeben 3001

Hohenschwert

Lichtendorf.

Suche zum 1. Juni oder später ein tüchtiges 2992

Mädchen

welches auch die Küche erlernen kann, gegen hohen Lohn.

Frau Otto Schlosser
Lederhandlung.

---

4 Enten

zu verkaufen. 2998

Hüsingheide 10.

Ein jüngeres 2990

Mädchen

für Hausarbeit (5 Personen) für sofort oder 1. Juni gesucht. Gute Behandlung. Schuhreparaturen gratis.

Frau H. Hitzegrad
Sonnigsweg 26.

---

1 Paar gute hohe

Damenschuhe

Nr. 36, zu verkaufen.

Küsingstr. 29.

Warne hiermit meine Nachbarn, ihre Hühner aus meinem Garten an der Mühlenstr. fern zu halten, da ich Gift gelegt habe. 2995

Wilh. Schmidt
Höfen 5.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abt. B ist heute unter Nr. 33 die Firma Ludwig Zier jr., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Westhofen, eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. März 1920 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb elektrotechnischer Artikel. Das Stammkapital beträgt 20 000 Mk. Geschäftsführer sind 1. Kaufmann Ludwig Zier in Westhofen, 2 Kaufmann Wilhelm Zier in Westhofen.

Schwerte, den 8. Mai 1920. 3002

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Für das Baden wird eine Stelle im Ruhrflusse unmittelbar an dem städtischen Grundstück (Dollenkamp) freigegeben.

Als Zugang zu dieser Badestelle darf nur der eingezäunte, von der Iserlohnerstraße ausgehende Pfad benutzt werden.

Das Baden an allen übrigen Stellen der Ruhr und im Mühlenkranze ist innerhalb des Stadtbezirks Schwerte verboten.

Schwerte, den 19. Mai 1920. 2997

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Die Badestelle an der Ruhr ist vom 20. ds. Mts. an täglich von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends geöffnet. Für weibliche Personen ist das Baden an zwei vollen Tagen und zwar Montags und Donnerstags freigegeben. Männlichen Personen ist der Zutritt während dieser Zeit untersagt.

Für die Benutzung der Badestelle werden von den Eingesessenen des Stadtbezirks Schwerte Gebühren nicht erhoben. 2978

Schwerte, den 19. Mai 1920.

Der Magistrat.